



SIEGFRIED LEHMANN  
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion



78315 RADOLFZELL  
Schubertstr. 3

Telefon: 07732 - 972443  
Telefax: 07732 - 972444  
siegfried.lehmann@web.de  
www.siegfried-lehmann.de

**Bürgerbüro:**  
Charlotte Biskup  
Rheingasse 8  
78462 Konstanz  
Telefon: 07531 - 2842621  
Telefax: 07531 - 2842620  
charlotte-biskup@web.de

Öffnungszeiten:  
Di. 13-16, Do. 8-12Uhr

Konstanz, 07.12.2008

## Pressemitteilung:

### **MdL Siegfried Lehmann: „Sicherheit kennt keine Grenzen. Die Konzentration des radioaktiven Risikopotenzials direkt vor unserer Haustür ist nicht akzeptabel.“**

Der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann kritisiert die Absicht der Schweizer Energiekonzerne Axpo und BKW, zwei weitere Atomkraftwerke an der Grenze zu Baden-Württemberg bauen zu wollen: „Nach der einseitigen Vorfestlegung der Schweizer Atomwirtschaft in der Frage der zukünftigen Standorte für die atomaren Atommüllendlager auf grenznahe Standorte, ist die Beantragung von zwei weiteren großen Atomkraftwerken in unmittelbarer Grenznähe zu Baden-Württemberg eine Zumutung und ein offener Affront. Die schweizer Atomwirtschaft überspannt damit deutlich den Bogen und gibt deutlich zu erkennen, dass sie – trotz aller Proteste und ungelöster Probleme um die Frage der Atommülllagerung – einen ungebremsten Ausbau der Atomenergie an der baden-württembergischen Grenze vorantreiben will.“

Die Grüne Landtagsfraktion wird, so Lehmann, die Landesregierung und die Bundesregierung dazu drängen alle Möglichkeiten des internationalen Rechts, der bestehenden zwischenstaatlichen Abkommen und der sich hieraus für die Schweiz ergebenden Verpflichtungen auszunützen, um den weiteren Ausbau der Atomenergie in unmittelbarer Grenzlage zu verhindern. „So lange nicht klar ist, wieviel Atommüll letztlich in den beiden geplanten Atommüllendlagern eingelagert werden soll, ist eine vernünftige Risikobeurteilung überhaupt nicht machbar und hält damit einer erforderlichen grenzübergreifenden Umweltverträglichkeitsprüfung nicht stand“, gibt der Grüne Abgeordnete Lehmann zu bedenken.

Im Jahr 2000 hat die Schweiz das internationale Übereinkommen über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle ratifiziert. Darin werden grundsätzlich technische Kriterien definiert, vor allem ist aber die Möglichkeit eines internationalen Schiedsverfahrens vorgesehen, für den Fall, dass es wegen der Endlagerfrage zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertragsstaaten kommt. Bereits 1996 kam es zur Ratifizierung des „Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im grenzüberschreitenden Rahmen“ (Espoo-Konvention). „Im Kern geht es bei diesen verbindlichen internationalen Abkommen darum,“, so Lehmann weiter, „dass den Bedenken ausländischer Experten und der betroffenen Öffentlichkeit in Grenznähe rechtliches Gehör verschafft wird.“ Vor einigen Tagen hat der Züricher Umweltrechtsspezialist und emeritierte Professor für öffentliches Recht Heribert Rausch auf Nachfrage der Neuen Züricher Zeitung deutlich auf diesen rechtlichen Aspekt bei der Auseinandersetzung um den geplanten Ausbau der Atomenergie in der Nähe der deutschen Grenze hingewiesen.

Die geplanten Atommülllager und Atomkraftwerke werden für die Schweiz somit die ersten großen Fälle von grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen darstellen und können in ein internationales Schiedsgerichtsverfahren enden oder zu einer Beschwerde von deutschen Gemeinden beim Schweizer Bundesverwaltungsgericht – gemäß der durch die Espoo-Konvention zugesicherten Mitwirkungsrechte – führen.

Dr. Hans Wanner, Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen in der Schweiz (HSK), hat auf der Informationsveranstaltung zu den potenziellen Schweizer Atommülllager-Standortregionen in Jestetten am 27. November 2008 mehrfach betont, dass „die Sicherheit keine Grenzen kennt“. „Dies muss dann aber auch dazu führen“, so der Grüne Landtagsabgeordnete, „dass die Schweiz endlich die deutsche Risikobewertung der Atomenergie akzeptiert und im Standortverfahren vollumfänglich berücksichtigt.“

Schon bisher stehen mit Beznau I und II, Gösgen und Leibstadt die meisten atomaren Anlagen im Norden der Schweiz nahe der deutschen Grenze, dazu sind die beiden Schweizer Endlager für hochradioaktiven und für schwach- und mittelradioaktiven Müll grenznah geplant. „Die Konzentration des radioaktiven Risikopotenzials direkt vor unsere Haustür ist nicht akzeptabel, zumal überhaupt nicht nachvollziehbar ist, warum die Schweiz auf eine veraltete Technologie setzt“, sagte Lehmann.

Er erinnert daran, dass Atomkraftwerke lediglich einen Wirkungsgrad von 30 Prozent haben: „Der Rest geht in die Umwelt, heizt die Luft und das Wasser des Rheins auf!“ Gefordert seien im 21. Jahrhundert eine Effizienzrevolution und der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien.